E-03 (vormals V-36) Europäische Integration durch stetige Statusaufwertung für EU-assoziierte Länder der Östlichen Partnerschaft der EU und Beitrittskandidaten voranbringen

Gremium:	OV Neunkirchen am Brand
Beschlussdatum:	22.09.2016
Tagesordnungspunkt:	E Zukunft Europa

Da die EU-assoziierten Länder der Östlichen Partnerschaft der EU und die meisten EU-Beitrittskandidaten absehbar noch für ein Jahrzehnt und länger außerhalb der EU bleiben werden, sollten die EU und die Mitgliedsstaaten in der Zwischenzeit dafür sorgen, dass es stetige Statusverbesserungen für die Länder und besonders deren Bürger*innen gibt.

Diese sollte im Geiste der Europäischen Integration schrittweise jeweils so bald wie möglich in den folgenden Bereichen erfolgen:

- Aufnahme in die nationalen Regelungen alle EU-Mitgliedsstaaten über Work & Travel Programme
- Ermöglichung von aufenthaltsrechtlichen Statuswechseln ohne Ausreise und erneute Visumsbeantragung
- Erweiterung der Korridore für EU-/EWR-Bürger bei der an der Passkontrolle bei der Einreise auf Bürger der EU-Beitrittskandidatenländer und der EU-assoziierten ÖP-Länder
- Wegfall etwaiger Vorrangprüfungen beim Arbeitsmarktzugang
- Schrittweise Gleichstellung mit EU-Bürgern bei der Anerkennung der akademischen und beruflichen Abschlüsse, auch über bilaterale Regelungen einzelner Mitgliedsstaten mit diesen Ländern
- Gleichberechtigte Teilnahme am Erasmus-Programm
- Graduelle Anpassung der 4 Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes für die o.g. Länder der EU-Nachbarschafts- und Erweiterungsagenda auf das Niveau der EFTA-Länder (wie Norwegen), insbesondere der Personenfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit.
- usw.

Begründung

Für die heute mit der EU assoziierten Länder der Östlichen Partnerschaft Ukraine, Moldau und Georgien gibt es noch keine explizite Beitrittsperspektive. Ob und wann sie EU-Beitrittskandidaten werden können ist von der weiteren Entwicklung sowohl in der EU, als auch in den Ländern selbst abhängig. In jedem Fall scheint ein EU-Betritt mindestens noch ein Jahrzehnt entfernt zu sein.

Selbst für die meisten der aktuellen EU-Beitrittskandidaten ist ein Beitritt in den nächsten 5-10 Jahren aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich.

Die Bürger*innen dieser Länder erwarten von der EU und ihren Mitgliedstaaten zu recht sichtbare Zwischenschritte und stetige Verbesserungen auf dem Weg dorthin. Wenn diese ausbleiben, führt dies in der Regel zu einer Abkehr von Europa und einer Zunahme der Euroskepsis.

Um dies zu vermeiden sollten die EU und die einzelnen Mitgliedsstaaten kontinuierlich prüfen, in welchen Bereichen man auf die assoziierten ÖP-Länder und die Kandidatenländer bzw. deren Bürger*innen weiter zugehen kann und welche Gesetze und Regelungen zu deren Gunsten u.a. in den o.g. Bereichen geändert werden können.

Auf diese Weise kann viel dafür getan werden, dass die assoziierten ÖP-Länder und die Beitrittsländer nicht die Geduld mit Europa verlieren, bevor sowohl sie selbst als auch die EU bereit für den nächsten großen Schritt sind.